



## Maulkorb

Spanien mutiert mit besorgniserregender Geschwindigkeit zu einem Staat, in dem Eingriffe in die Grundrechte zum Alltag gehören. Die Regierung geht mit aller Härte gegen Kritiker ihrer Politik vor. Von Krystyna Schreiber und Gunther Sosna

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 23. JANUAR 2018 · NR. 19 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Erfolgsmeldungen

Türkische Invasion auf Afrin gestoppt.  
**2** Präsident Erdogan brüstet sich mit russischer Rückendeckung

### Waffendeals

Rüstungslieferungen an Staaten, die im Jemen Krieg führen, sind weiterhin gängige Praxis  
**3**

### NATO-Kriege

Bündnis gegen »Münchner Sicherheitskonferenz« stellt Schwerpunktthemen der Proteste vor  
**4**

### Arbeitskampf

Britische Beschäftigte von McDonald's erhalten mehr Lohn, das Unternehmen hat nachgegeben  
**15**

# Saboteure des Friedens

Vizepräsident Pence kündigt in Israel die Verlegung der US-Botschaft bis Ende 2019 an. Aufruf zu Generalstreik im besetzten Westjordanland. **Von Roland Zschächner**



Sie reden von Frieden und meinen Krieg: US-Vizepräsident Michael Pence (l.) und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu am Montag in Jerusalem

Er ist gekommen, um zu provozieren. US-Vizepräsident Michael Pence hat am Montag vor dem israelischen Parlament Knesset in Jerusalem angekündigt, die Botschaft seines Landes noch vor Ende des nächsten Jahres nach Jerusalem zu verlegen. Dies hatte US-Präsident Donald Trump bereits am 6. Dezember entschieden. Israels rechtsnationalistischer Premierminister Benjamin Netanjahu bezeichnete diesen Beschluss, der im Widerspruch zum Völkerrecht steht, am Montag als einen der bedeutendsten in der Geschichte des Zionismus.

Widerspruch bekamen Pence und Netanjahu für ihre Sabotage des Friedens in Nahen Osten von arabischen Abgeordneten, die Schilder in die Luft hielten, auf denen Jerusalem zur palästinensischen Hauptstadt erklärt wurde. Die Abgeordneten der linken oppositionellen Gemeinsamen Liste, der drittstärksten Fraktion der Knesset,

boykottierten die für Pence anberaumte Sondersitzung. Ihr Sprecher Aiman Audah hatte am Sonntag erklärt, Pence sei »ein gefährlicher Mann mit einer messianischen Vision, die die Zerstörung der gesamten Region beinhaltet«.

Ahmad Tibi, ebenfalls ein Abgeordneter der Gemeinsamen Liste, rechtfertigte am Montag in einem Kommentar auf der Internetseite der israelischen Zeitung *Haaretz* das Fernbleiben seiner Fraktion: Es sei offensichtlich, dass Trump und sein christlich-zionistischer Vize »Israel mit seiner gegen den Frieden und für die Besatzung ausgerichteten Politik entgegenkommen«.

Gleichzeit sprach der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, am Montag in Brüssel vor. Er forderte die Mitglieder der Europäischen Union auf, einen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt Jerusalem anzuerkennen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini ver-

sicherte lediglich, die EU werde sich weiterhin für eine friedliche Beilegung des Konfliktes einsetzen. Doch mit dem geplanten Umzug der US-Botschaft und der damit einhergehenden Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt rückt die international angestrebte Zweistaatenlösung in weite Ferne.

Die Washington deckt weiterhin die israelische Apartheidpolitik. So erklärte der erzkonservative Evangelikale Pence: »Wir wissen, dass die Israelis Frieden wollen«. Gleichzeitig rief er die Palästinenser dazu auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Was daran besprochen werden soll, ist unklar. Denn Tel Aviv setzt unter dem Druck der erstarkenden zionistischen Siedlerbewegung seine Politik der kolonialistischen Landnahme im besetzten Westjordanland fort. Immer neue Außenposten entstehen oder werden legalisiert, bereits bestehende Siedlung-

gen werden weiterausgebaut. Gleichzeitig hat Washington angekündigt, 65 Millionen US-Dollar für das UN-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge (UNWRA) zurückzuzahlen.

Die rassistische Siedlerbewegung hat dagegen nichts zu befürchten. Deren Anführer wurden sogar zur Rede Pences in die Knesset geladen, wie *Haaretz* berichtete. Sie haben vor Ort einen einflussreichen Unterstützer: US-Botschafter David Friedman war vor seiner diplomatischen Karriere Anwalt für Trump und sammelte in den Vereinigten Staaten Gelder für zionistische Projekte.

Am heutigen Dienstag will Pence die Altstadt von Jerusalem besuchen. Dagegen haben viele palästinensische Organisationen, unter anderem die regierende Fatah von Abbas, zu einem Generalstreik aufgerufen, wie die Nachrichtenagentur Wafa am Sonntag meldete.

## Puigdemont soll es noch mal machen



Barcelona. Carles Puigdemont (Foto) kandidiert erneut für das Amt des Regierungschefs in Katalonien. Das teilte Parlamentspräsident Roger Torrent am Montag nach Konsultationen mit den Fraktionschefs mit. Puigdemont sei der einzige Vorschlag gewesen, so Torrent. Bis spätestens zum 31. Januar muss Puigdemont nun sein Regierungsprogramm präsentieren, anschließend wird gewählt. Da ihm in Spanien jedoch die Verhaftung droht, will der Kandidat an der Sitzung per Videoschleife aus Brüssel teilnehmen. Madrid will das verhindern.

Ebenfalls am Montag lehnte Spaniens Oberstes Gericht den Erlass eines neuen europäischen Haftbefehls gegen Puigdemont ab. Die Staatsanwaltschaft hatte diesen beantragt, nachdem Puigdemont von Brüssel nach Kopenhagen geflogen war, wo er an einer Hochschuldebatte teilnahm. (dpa/jw)

## Abschiebeflug nach Kabul geplant

Kabul/Düsseldorf. Mindestens zehn afghanische Flüchtlinge sollen am heutigen Dienstagabend von Düsseldorf aus in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Dies erfuhr die *Deutsche Presseagentur* am Montag vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Aus Bayern seien bisher acht Betroffene bekannt, sagte dessen Sprecher Stephan Dünnwald. Außerdem solle ein Mann aus Baden-Württemberg abgeschoben werden. Vom Flüchtlingsrat NRW hieß es, aus Nordrhein-Westfalen stehe ebenfalls einer auf der Liste. In einem Fall aus Bayern gebe es »erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit, weil die Person aktuell in der geschlossenen Abteilung einer Psychiatrie« sei, sagte Dünnwald. Ein weiterer Kandidat sei wegen eines Sexualdelikts zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Ein anderer habe jedoch nur gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen verstoßen. (dpa/jw)

■ Siehe Seite 8

**jw** wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg



# SPD und Union in den Startlöchern

Parteien wollen noch diese Woche Koalitionsverhandlungen aufnehmen

Auf dem SPD-Sonderparteitag vor zwei Tagen in Bonn stimmte eine knappe Mehrheit von rund 56,4 Prozent der Delegierten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU. Politiker aller drei Parteien wollen seit Bekanntgabe dieses Ergebnisses keine Zeit verlieren. Für Montagabend wurde ein Treffen der Parteivorsitzenden anberaumt. Dort sollte zunächst ein genauer Zeitplan für die Koalitionsgespräche vereinbart werden, die bereits in dieser Woche beginnen sollen. Der SPD-Vorsitzen-

de Martin Schulz sagte am Montag in Berlin, dass seine Partei erst noch intern über Strukturen, Abläufe und personelle Zusammensetzung der Verhandlungsmannschaften beraten müsse. Schulz betonte zudem, dass es um den Beginn neuer Verhandlungen und nicht um ein Nachverhandeln einzelner Detailfragen gehe.

Bis zum Parteitagbeschluss wurde den Delegierten dagegen wiederholt in Aussicht gestellt, dass einzelne inhaltliche Punkte mit der Union nachverhandelt würden. So beauftragte der Parteitag denn auch am Sonntag die

SPD-Führung mit Nachverhandlungen zur Befristung von Arbeitsverträgen, zum Einstieg in eine Bürgerversicherung und zu einer Härtefallregelung für den Familiennachzug Geflüchteter.

Seitens der Unionsparteien wurde der Möglichkeit von Nachverhandlungen eine deutliche Absage erteilt. Angela Merkel (CDU) und Horst Seehofer (CSU) erklärten jeweils schon am Sonntagabend, dass die Sondierungsergebnisse den Rahmen für Koalitionsgespräche vorgeben würden und keine Möglichkeiten für Nachverhandlungen bestünden.

Ihren Widerstand gegen eine erneute große Koalition wollen die Jungsozialisten (Jusos) fortsetzen. Frederick Cordes, Juso-Chef in Nordrhein-Westfalen, kündigte gegenüber der *Rheinischen Post* (Onlineausgabe vom Sonntagabend) eine Kampagne unter dem Motto »Einen Zehner gegen die Groko« an. Ziel sei es laut Cordes, das Ergebnis des SPD-Mitgliederentscheids zum Koalitionsvertrag durch gezielte Anwerbung von Neumitgliedern zu »sprengen«. (jw)

■ Siehe Seiten 8 und 15